

# REGIONALÖKONOMIK: KONVERGIERENDE ODER DIVERGIERENDE REGIONALENTWICKLUNGEN?

Ein Diskussionsbeitrag der Evolutorischen Ökonomik<sup>1</sup>

Von Adolf Wagner, Leipzig/Rottenburg<sup>2</sup>

## GLIEDERUNG:

1. Regionen und die Quantifizierung ihrer Wachstumsimpulse
2. Fehlvorstellungen in der Regionalpolitik: Angleichen und Gleichmachen
3. Einige empirische Befunde: Anhaltende Ungleichheit und Vielfalt
4. Die marktwirtschaftliche Regionalökonomik: Dynamik und Chaos
5. Evolutorische Ökonomik: Datenkranz und endogenes Potential
6. Bevölkerungsbewegungen sind strukturabhängig und strukturbildend
7. Multikulturelle Gesellschaft und Sozialinnovationen am Ort
8. Der Cyberspace und die Abschaffung der alten Geographie
9. Schlussbemerkungen

## 1. Regionen und die Quantifizierung ihrer Wachstumsimpulse

(1.) Regionen im weiteren Sinne sind Teilgebiete der Welt mit darauf lebenden Menschen und mit Institutionen, die diese Menschen geschaffen haben. Eine Region ist geographisch definiert, wesentlich aber auch demographisch und institutionell geprägt. Als Regionen i. w. S. unterscheide ich (für Zwecke der Regional-, der Wachstums- und der Außenwirtschaftstheorie) (vgl. WAGNER 1997, S. 183-184):<sup>3</sup>

- Weltwirtschaftliche Regionen (WR)
- Nationale Volkswirtschaften (NV)
- Volkswirtschaftliche Regionen (VR)

(2.) Für die großräumige Vernetzung von Regionen (WR, NV) und ihre Wachstumswirkungen auf das Gesamtgebiet gibt es einsetzbare ökonometrische Modelle, so etwa das multiregionale Konjunktur- und Wachstumsmodell QUEST II, das die Europäische Kommission seit 1996 für Politiksimulationen verwendet und laufend erneuert (siehe RÖGER/IN'T VELD 1997, WAGNER 1998, S. 320 - 322) oder das makroökonomische Mehr-Länder-Modell der Deutschen Bundesbank (siehe DEUTSCHE BUNDESBANK 1996). Schlecht steht es um die Abbildung der Vernetzung von volkswirtschaftlichen Regionen (VR) in einem Bundesland und ihren Wachs-

---

<sup>1</sup> Ludwigsburger Gespräch „Regionen als Motoren des Wachstums“, 24.-25. April 2007. Vortrag auf der Jahrestagung des Ausschusses für Evolutorische Ökonomik im Verein für Socialpolitik in Münster, 5.-7. Juli 2007. Den Teilnehmern der Versammlungen dankt der Autor für kritische Fragen und Anregungen. Besonderer Dank gebührt Herrn Akad. Direktor Dr. Rolf Wiegert, Tübingen/Mössingen.

<sup>2</sup> Univ.-Prof. Dr. Adolf Wagner, Burglehenweg 7, D-72108 Rottenburg, Tel. 07472/22217, [prof@adolfwagner.eu](mailto:prof@adolfwagner.eu)

<sup>3</sup> Multiregionale Ökonomik, die sich auf WR, NV und/oder VR erstreckt, hat vom Standpunkt der Wirtschaftstheorie aus weitreichende Gemeinsamkeiten. Die wichtigste zeigt sich anhand der Begriffe Struktur und Theorie: Man will das Wirkungsgefüge erkennen, das Regionen (ganz gleich ob WR, NV oder VR) im Wirtschaftsprozeß verbindet (vgl. den explikativen, wirtschaftstheoretischen oder ökonometrischen Strukturbegriff), man will dieses Wirkungsgefüge zwischen den Regionen in empirisch gültigen Modellen der Realität (zumeist Gleichungssystemen) darstellen, und man will diese Aussagensysteme (Theorien) verwenden, um damit zu erklären, zu prognostizieren und politische Entscheidungen zu begründen.

tumsimpulsen, z. B. in Baden-Württemberg. Die im Auftrag des Wirtschaftsministeriums des Landes Baden-Württemberg durchgeführten konzeptionellen Vorarbeiten (siehe OTT/SCHWARZ/WAGNER 1970) wurden leider nie in die Praxis umgesetzt. Für Hessen gab es alsbald eine derartige Tabelle (siehe HASSELMANN/SPEHL 1971).

(3.) Ohne eine sektoral-regionale-Input-Output-Tabelle für Baden-Württemberg kann man weder die „Dispersionsstärken“ (Spaltensummen der Multiplikatorenmatrix) noch die „Dispersionsempfindlichkeiten“ (Zeilensummen) ermitteln (siehe STATISTISCHES AMT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1976 und OTT/WAGNER 1980, S. 148 - 151). So bleibt die exakte Kenntnis der „strategischen Regionen“ für Nachfrage- oder Angebotsimpulse im Dunkeln. Jeder irgendwo im Lande eingesetzte Euro wirkt sich multiplikativ, nicht einfach additiv, auf das Land aus. Die Multiplikatorwirkung ist in bestimmten Regionen größer als anderswo; die schwächeren Regionen erfahren durch Aktivitäten (der Unternehmen oder der Politik) in starken Regionen „Mitzieheffekte“. Was man mangels statistischer Unterlagen nur vermuten kann: Die Förderung der wirtschaftsstarken Zentral- und Ballungsregionen im Lande wirkt sich günstiger auf das Land insgesamt aus als die Förderung einer schwachen peripheren Region. Mit dem Instrumentarium der Input-Output-Analyse klassifiziert die Empirische Wirtschaftsforschung die Teilgebiete der Volkswirtschaft in

a) dependente, periphere oder fremdbestimmte wirtschaftsschwache Regionen und  
b) dominante, zentrale oder eigenbestimmte wirtschaftsstarke Regionen.

Ehe man über sektoral-regionale ökonomische Modelle für die innere Vernetzung in bestimmten Bundesländern nachdenkt und dabei den Fundus an lehrgeschichtlichen Vorarbeiten heranzieht, ist es m. E. aus politischen Gründen wichtig, bestimmte regionalökonomische Fehlvorstellungen zu behandeln.

## 2. Fehlvorstellungen in der Regionalpolitik: Angleichen und Gleichmachen

(4.) Auf den reichhaltigen Katalog der regionalökonomischen Denkansätze (vgl. z. B. WAGNER 1998, S. 266-276) wird hier nur selektiv zurück gegriffen. Unmittelbar bedeutsam ist nachfolgend (siehe 4.) die markttheoretische Regionaltheorie (Ernst HEUSS 1965, Georg RÜTER 1987), mit Anbindungen an moderne methodische Konzeptionen. Vgl. dazu Paul KRUGMAN 1991, Begriffe der Chaos-Theorie, wie etwa die „fraktale Regionalentwicklung“ nach WAGNER 1994, S. 46-52. Wichtig wird schließlich (siehe 5.) die Theorie der endogenen Potentiale (Herbert GIERSCH 1963). Mit den (in 3.) folgenden empirischen Befunden könnten gut auch die Vorstellungen der Polarisierungstheorien (Francois PERROUX 1948, Karl PREBISCH 1949, Gunnar MYRDAL 1957 und Nicholas KALDOR 1970) sowie die Theorie der Marktnetze (August LÖSCH 1940) und der „Industrial Districts“-Ansatz von Alfred MARSHALL verbunden werden.

(5.) Zitiert werden hier zwei im Politikbereich populäre Konzeptionen für ein selbsttätiges Angleichen oder eine mögliche Gleichmacherei von Regionen, die nach meinem Dafürhalten beide verfehlt sind:

- Das physikalische Analogmodell kommunizierender Flüssigkeitsbehälter und
- das Anpassungsmodell der Beta-Konvergenz nach BARRO und SALA-I-MARTIN (vgl. dazu WAGNER 1998, S. 268-270) aus dem Jahre 1995.

(6.) Das physikalische Analogmodell kommunizierender Röhren oder Flüssigkeitsbehälter kam (oft stillschweigend) bei der deutsch-deutschen Vereinigung ins Ge-

sprach: Nimmt man die Grenze zwischen der Region Westdeutschland und der Region Ostdeutschland weg, so gleicht sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Westen und im Osten alsbald an – ganz analog wie sich die Stände von Flüssigkeiten in zwei Behältern, die man verbindet, auf ein mittleres Niveau hin angleichen. Impliziert ist dabei eine globale Umverteilung von West- nach Ostdeutschland, die u. a. entsprechende staatliche Finanzhilfen stützen sollten. Der kleine Moritz und Lieschen Müller, allesamt Laien in volkswirtschaftlichen Fragen und von einer seltsamen Gleichheits- und Gerechtigkeitsidee sozialistischer Herkunft angesteckt, wollen sich in einem Europa mit offenen Grenzen gerne auch vorstellen, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf würde sich wie ein riesiger Griesbrei in gleicher Höhe über das gesamte Wirtschaftsgebiet verteilen (so auch über West- und Ostdeutschland). Weshalb ist die Vorstellung, die hinter diesem physikalischen Analogmodell steckt, völlig falsch? Es handelt sich bei den „Elementarteilchen“ des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf nicht um irgendwelche angehäuften Moleküle oder Flüssigkeitspartikel, die schlichtweg „vorhanden“ sind, sondern um Ergebnisse des Wirtschaftens von Unternehmungen, privaten Haushalten und öffentlichen Haushalten. Das physikalische Analogmodell weist keinerlei ökonomische Mikrofundierung auf. Es stellt eine unglückliche politische Denkfigur dar, die abzulehnen ist.

(7.) Kommen wir zu der gefährlicheren Fehlvorstellung, die durch ein derzeit weltweit führendes Lehrbuch der volkswirtschaftlichen Wachstumstheorie (vgl. BARRO/SALA-I-MARTIN 1995) propagiert wird. Mit einer ökonometrischen Generalisierung heterogener statistischer Einzelbefunde (wie in 3.) stützt man diese These, die nach einem bestimmten ökonometrischen Term als „Beta-Konvergenz“ benannt ist (deutsch zitiert nach WAGNER 1998, S. 267-268): „Volkswirtschaften oder Regionen mit vergleichsweise niedrigen Anfangswerten der Kapitalintensität (Kapitalausstattung pro Arbeitskraft) haben höhere Pro-Kopf-Wachstumsraten des Kapitals sowie des Sozialprodukts und dadurch die Neigung, die Regionen oder Volkswirtschaften mit hohen Kapitalintensitäten und Pro-Kopf-Sozialprodukten einzuholen“ (vgl. BARRO/SALA-I-MARTIN 1995, S. 26). Ganz einfach gesagt: „we refer to a tendency for the poor to grow faster than the rich as  $\beta$  convergence“ (BARRO/SALA-I-MARTIN 1995, S. 7). Die beiden Verfasser haben noch einen weiteren Konvergenz-Begriff als Behauptung in die Welt gesetzt, der z. B. der EU-Kommission ganz gelegen kam, den Begriff der „ $\sigma$ -Konvergenz“: Die irgendwie verursachte und durch irgendein statistisches Dispersionsmaß ausdrückbare Abnahme der Streuung regionaler und nationaler Pro-Kopf-Einkommen oder Pro-Kopf-Produkte (BARRO/SALA-I-MARTIN 1995, S. 383).

(8.) Den mathematisch-ökonometrischen Formelapparat zu BARRO und SALA-I-MARTIN will ich hier nicht vortragen. Er kann in einem meiner Lehrbücher nachgeschlagen werden (WAGNER 1998, S. 268-271). Ich begnüge mich mit einer verbalen Skizze der Vorgehensweise.<sup>4</sup> Alle wesentlichen Erwägungen kann man mit einer so

---

<sup>4</sup> Die ökonometrisch verarbeiteten Daten und Resultate: Für US-amerikanische Staaten ab 1880, für japanische Präfekturen ab 1930 und für europäische Regionen ab 1950 (in 8 Ländern insgesamt 90 Regionen, und zwar 11 deutsche Regionen, 11 Regionen des Vereinigten Königreichs, 20 italienische, 21 französische, 4 niederländische, 3 belgische, 3 dänische und 17 spanische Regionen) haben BARRO und SALA-I-MARTIN ihre Hypothese der  $\beta$ -Konvergenz getestet und aufgrund der Testresultate als empirisch bewährt beibehalten. Überraschend ist die Ähnlichkeit der Anpassungsgeschwindigkeiten nach allen verwendeten Daten: Die Schätzwerte für  $\beta$  liegen bei 2-3 % pro Jahr; es dauert danach 25-30 Jahre, um die Hälfte der anfänglichen Lücken in den Pro-Kopf-Einkommen zu überwinden (BARRO/SALA-I-MARTIN 1995, S. 413). Die Unterschiede der Anfangsniveaus würden sich im Laufe von etwa 50-60 Jahren verlieren. Die Tendenz der  $\beta$ -Konvergenz sei in dem Sinne „absolut“, als keine

genannten COBB-DOUGLAS-Funktion für einzelne Regionen, für nationale Volkswirtschaften oder für Europa insgesamt illustrieren. Bei der Herleitung der  $\beta$ -Konvergenz unterstellt man eine Niveauelastizität der COBB-DOUGLAS-Funktion von Eins. Diese Annahme konstanter Skalenerträge erlaubt mathematisch die Pro-Kopf-Schreibweise der Produktionsfunktion und der zugehörigen Wachstumsraten (bei Konstanz eines Niveauparameters). Die Kapitalvermehrung pro Kopf durch investierte Ersparnisse folgt einer Differentialgleichung (mit der Spar- und zugleich Investitionsquote, der Wachstumsrate der Arbeitskräfte und einem Abschreibungssatz). Die Wachstumsraten des Pro-Kopf-Kapitals und des Pro-Kopf-Sozialprodukts sind sodann bei „armen“ Regionen (mit niedrigem Pro-Kopf-Kapital) größer als bei „reichen“ Regionen (mit hohem Pro-Kopf-Kapital). Aus unterschiedlichen Entfernungen entwickeln sich die Regionen – nach der Mechanik des einfachen SOLOW-SWAN-Modells – zum Wachstumsgleichgewicht mit konstanten Raten aller Variablen hin, wobei dann die Pro-Kopf-Variablenwerte konstant bleiben. Danach kann man auch die Spar- und Investitionsquote mit dem Gleichgewichtswert der Kapitalintensität umschreiben. Abgewandelte Formeln gelten bei bestimmten postulierten Formen des technologischen Fortschritts. Man bekommt eine Formel, die man – gültig für die nahe Umgebung des Steady State – in eine log-lineare Näherung umsetzt und für Zwecke der ökonometrischen Schätzung bearbeitet.

(9.) Es gab praktische Fragen im Anschluß an diese Denkansätze: Fördert die europäische Integration die Konvergenz zwischen den bisherigen Nationen oder Regionen, oder führt sie zu weiterer Divergenz, wenn man Einkommen und Beschäftigung betrachtet? Fördert die Integration Arbeitsteilung und Ausgewogenheit der Wirtschaftsstruktur zwischen Nationen oder Regionen? Sind divergente, effizienzsteigernde oder –mindernde Entwicklungen zu erwarten? „Weder aus der Außenwirtschaftstheorie noch aus der Raumwirtschaftstheorie lassen sich zu diesen Fragen zwingende Antworten ableiten. Dazu ist die Materie viel zu komplex. Mangels Eindeutigkeit bedürfen die theoretischen Aussagen ohnehin der fallweisen empirischen Überprüfung“ (so STAHL 1997, S. 55). Die Selbstangleichung der Regionen (etwa im Laufe von rund zwei demographischen Generationen nach BARRO/SALA-I-MARTIN) halte ich für ausgeschlossen.

---

anderen erklärenden Variablen außer den Anfangsniveaus berücksichtigt wurden. Allerdings ist hier der wirtschaftstheoretische modellhafte Hintergrund heranzuziehen, aus dem die Schätzugleichungen abgeleitet wurden. Die Ergebnisse sind konsistent mit den neoklassischen Wachstumsmodellen (SOLOW-SWAN-Modelle und RAMSEY-Modelle); sie unterstellen für die betrachteten Regionen ganz grob ähnliche politische Institutionen, ähnliche Technologien und ähnliche Präferenzen der Konsumenten; die darin begründete relative Homogenität erzeuge ähnliche Wachstumsgleichgewichte (steady states) der Regionen als Attraktoren der Entwicklung. Zur Wertung der ökonometrischen Methode erscheint mir dies wichtig: Nur beobachtete Pro-Kopf-Sozialproduktswerte werden in den Regressionsanalysen verwertet (siehe dazu insbes. BARRO/SALA-I-MARTIN 1995, S. 384). Nirgendwo finden Schätzungen und Tests der Einzelteile des im Vorfeld für den Vorgang der Konvergenz unterstellten Gleichungsmodells statt (ökonometrische Problematik: Einzelbewährung/Verbundbewährung). Aus empirischen Regressionskoeffizienten eines Gleichungsverbundes wird  $\beta$  errechnet, wobei auch die „Halbwertszeit“ des Vorgangs angesetzt wird. Es handelt sich bei der so begründeten Konvergenzhypothese um eine Art Zeitreiheninterpretation bei vorausgesetzter Gültigkeit des Rahmen-Inputs (z. B. SOLOW-SWAN-Modell). Zwischen den Regionen eines größeren Gesamtgebiets finden keinerlei „grenzüberschreitende“ Transaktionen statt (siehe sektoral-regionale Input-Output-Tabelle). Die Regionen werden wie kleine geschlossene Volkswirtschaften behandelt.

### 3. Einige empirische Befunde: Anhaltende Ungleichheit und Vielfalt

(10.) Werfen wir nun nochmals unseren Blick auf das Verständnis von volkswirtschaftlichen Regionen und auf einige empirisch-statistische Befunde für Baden-Württemberg und für Europa, die nicht an der Vorgabe eines spezifischen makroökonomischen Gleichgewichtsmodells in reduzierter Form hängen. Volkswirtschaftliche Regionen sind die Regionen i. e. S. der Regionalökonomik, also z. B. Bundesländer, Regierungsbezirke, Landkreise oder kreisfreie Städte in der Bundesrepublik Deutschland. Bewußt erwähne ich Arten volkswirtschaftlicher Regionen vorab, die institutionell abgegrenzt und zu politischer Aktivität legitimiert sind. Kunstgebilde abstrakter Art, etwa geographische Regionen (nach Gebirgszügen und Gewässern abgegrenzt) oder planerische Regionen (nach irgendwelchen Gemeinsamkeiten, z. B. durch Ministerien definiert) sind VR von nachrangiger Bedeutung. Die politisch abgegrenzten Regionen verantworten das gesellschaftliche Leben im Innern und organisieren die Interessenvertretung nach außen im Rahmen der staatspolitischen Hierarchie. Dem Stadtrat und der Stadtverwaltung z. B. kommt heutzutage eine besonderer Stellenwert als „Standortfaktor“ und als Teil des „endogenen Potentials“ einer Region zu (siehe nachfolgend 5.).

(11.) Charakterisiert werden Regionen in volkswirtschaftlichen Analysen durch unterschiedliche statistische Indikatoren. Eine IAW-Arbeit von PETRY (vgl. PETRY 1978, S. 83) aus dem Jahre 1978 z. B. nimmt eine Charakterisierung und Klassifizierung der Kreise Baden-Württembergs exemplarisch für insgesamt 13 Merkmale des Jahres 1970 vor (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, Erwerbsquote, Industriebesatz, Anteil der Beschäftigten bei Organisationen ohne Erwerbscharakter, Belegungsdichte, Siedlungsdichte, Schüler je Klasse in Grund- und Hauptschulen, Schüler in Realschulen und Gymnasien je 1000 Einwohner, Anteil der Einwohner mit höherem Schulabschluß als Volksschule, Ärztedichte, Bettendichte, Steuerkraftsumme je Einwohner, Gesamtausgaben je Einwohner). Zumeist wird nach wenigen Einzelindikatoren klassifiziert. Interessant ist dabei u. a. ein Infrastrukturindikator (siehe WAGNER 1994, S.14-15). Vorrangig werden die Bruttowertschöpfung oder das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner oder je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung (Wohnbevölkerung mit doppeltem Pendlersaldo) verwendet. Hinter der Bruttowertschöpfung und dem Bruttoinlandsprodukt stehen Schätzkonzeptionen der amtlichen Statistik, die allgemeinen Konventionen entsprechen. Auf diese statistischen Indikatoren pro Kopf stütze ich mich hier zur Charakterisierung und Klassifizierung von Regionen.

(12.) Mit Blick auf das Thema zitiere ich Ergebnisse aus zwei früheren Gutachten des IAW Tübingen (SCHWARZ/WAGNER 1970, und WAGNER 1994). Das Gutachten von 1969/1970 kam zu der Feststellung, daß die relativen Abstände der regionalen Kennziffern über Jahrzehnte bestehen blieben und es weder unternehmerischer noch staatlicher Aktivität gelang, die Leistungskraft der schwächeren Kreise [seinerzeit Sinsheim, Mosbach, Buchen, Mergentheim und Crailsheim im Norden, die Kreise Emmendingen, Müllheim und Hochschwarzwald im Südwesten sowie die Kreise Horb, Münsingen, Saulgau und Überlingen] zu stärken (SCHWARZ/WAGNER 1970, S. 81).<sup>5</sup> Ein zweites Gutachten von 1994 fiel noch deutlicher aus (siehe WAGNER 1994, S. 13). Die Klassifizierung der Stadt- und Landkreise Baden-Württem-

---

<sup>5</sup> Dieser vorsichtig formulierte Zweifel an der Machbarkeit tendenzieller Angleichung hatte dazu geführt, daß die Erstfassung des Gutachtens vom April 1969 erst 1970 durch das Wirtschaftsministerium für den Buchdruck frei gegeben wurde.

bergs einerseits nach der Bruttowertschöpfung je Einwohner 1988 (Ränge 1 bis 44) und andererseits nach der Wachstumstendenz 1980/1988 (über- bzw. unterdurchschnittlich) ergab:

- Zu 45 % Kreise mit der politisch gängigen Erwartung „Konvergenz“ (unterdurchschnittlicher Stand der Kreise mit überdurchschnittlicher Wachstumstendenz, überdurchschnittlicher Stand der Kreise mit unterdurchschnittlicher Wachstumstendenz). Die Vermutung einer konvergierenden Regionalentwicklung – aus welchen Gründen auch immer – erschien für weniger als die Hälfte der Regionen haltbar.
- Zu knapp 55 % Kreise mit der früher politisch normalerweise unerwünschten Bewegung Richtung „Divergenz“ (überdurchschnittlicher Stand mit überdurchschnittlichem Wachstum, unterdurchschnittlicher Stand mit unterdurchschnittlichem Wachstum). Es gab zu mehr als der Hälfte „Spitzenreiter“ mit überdurchschnittlicher Wachstumstendenz und „Schlusslichter“ mit nur unterdurchschnittlicher Wachstumstendenz.

(13.) Ist die Ungleichheit unter den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs (von 1970 bis 1988) generell kleiner oder größer geworden? Für eine globale Antwort kann man unterschiedliche Kennzahlen heranziehen. Einfach ist es, die Spannweite zwischen dem Spitzenreiter auf Platz 1 der Kreise und dem Schlusslicht auf Rang 44 festzustellen und durch den mittleren Wert zu dividieren. Diese „relative Spannweite“ – der Ausdeutung nach ein Quasi-Variationskoeffizient – betrug 1970 noch 0,544, 1988 jedoch 1,029. Wären erster, letzter und mittlerer Wert mit gleicher Rate angewachsen, wäre die relative Spannweite unverändert geblieben. So aber bestätigt sich die an den Häufigkeiten beobachtete Divergenz. Einfach gesagt: Es gibt „wohlhabende“ Kreise mit starkem, „arme“ Kreise mit schwachem Wachstum. Vorsichtig formuliert, steht dies fest: Niemand kann aufgrund des Datenmaterials die Hypothese vertreten (etwa in Anlehnung an die Behauptungen der  $\beta$ - und der  $\sigma$ -Konvergenz nach BARRO/SALA-I-MARTIN in 7.), die Ungleichheit zwischen den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs sei im Laufe der Zeit kleiner geworden. Der Befund soll hier genügen: Es herrscht anhaltende, wenn nicht gar zunehmende Ungleichheit.

(14.) Ein ähnlicher Befund zu Konvergenz und Divergenz von Regionenentwicklungen stellte sich auch auf europäischer Ebene ein (siehe ERECO 1997, S. 20). Analysiert wurde mit den Einheiten NUTS II (und ohne Ostdeutschland). Vier Klassen wurden unterschieden (Näheres auch bei WAGNER 1998, S. 273): (I) Regionen mit überdurchschnittlichem Niveau 1995 und zugleich überdurchschnittlicher Wachstumstendenz 1995/2001, (II) Regionen mit unterdurchschnittlichem Niveau 1995 und zugleich mit unterdurchschnittlicher Wachstumstendenz 1995/2001, (III) Regionen mit überdurchschnittlichem Niveau 1995 und zugleich unterdurchschnittlicher Wachstumstendenz 1995/2001, (IV) Regionen mit unterdurchschnittlichem Niveau 1995 und zugleich mit überdurchschnittlicher Wachstumstendenz 1995/2001. Die Regionen der Klassen (I) und (II) hatten eine divergente Entwicklung (immer noch weiter auseinander und weg vom mittleren Wert); die Regionen der Klassen (III) und (IV) zeigten eine konvergente Entwicklung (hin zum Mittelwert mit abnehmendem Abstand). Die Regionen mit divergenter Entwicklung einerseits und konvergenter Entwicklung andererseits machten je 50 % aus.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Nur in der Klasse (III) (bei Konvergenz nach unten) fanden sich überwiegend Regionen aus Westdeutschland, nämlich Braunschweig, Detmold, Rheinhessen-Pfalz, Saarland, Köln und Weser-Ems,

(15.) Empirisch bestanden und bestehen beide Tendenzen regionaler Entwicklungen nebeneinander. Unter dem Blickwinkel marktwirtschaftlicher Regionalentwicklung sind diese Befunde ganz natürlich. Aus der Perspektive der Evolutorischen Ökonomik möchte man folgern, daß ein Bundesland oder eine andere übergeordnete Region aus der Disparität der Teilregionen zu eigener Wachstums- oder Entwicklungsstärke findet (These).<sup>7</sup> Nähere Untersuchungen mit einem Blick in die regionalökonomische Literatur der Wirtschaftstheorie sind notwendig.

#### 4. Die marktwirtschaftliche Regionalökonomik: Dynamik und Chaos<sup>8</sup>

(16.) Die zunächst scheinbar isolierten Entwicklungen der einzelnen Regionen nach Richtung und Wachstumsstärke, die sich in der Summe zur Wachstumsstärke der größeren Teilregionen und der nationalen Volkswirtschaft addieren, ergeben sich aus einzelwirtschaftlichen, mikroökonomischen Elementen, und zwar

- erstens Standort- und Wachstumserfolgen der Unternehmen,
- zweitens aus Wohnsitzentscheidungen der Konsumenten und Arbeitskräfte sowie
- drittens aus flankierenden Maßnahmen öffentlicher Stellen.

Ferner ergeben sich durch die interregionalen Verflechtungen der Mikroeinheiten global positive und negative Multiplikatoreffekte (siehe nach (3.) Mitzieheffekte, Dispersionsstärken und Dispersionsempfindlichkeiten). Nicht nur die Theorie macht den Fehler (siehe BARRO/SALA-I-MARTIN), die Regionalentwicklungen als unabhängig zu begreifen, auch die Politik unterliegt gelegentlich diesem verfehlten Denkansatz.

(17.) Mit Blick auf die Möglichkeiten und Ziele staatlicher Aktivitäten hat sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ein Wandel der regionalökonomischen und regionalpolitischen Konzeptionen eingestellt<sup>9</sup> (vorläufig jedoch noch nicht bei der Betrachtung von Westdeutschland/Ostdeutschland). Man musste sich (A) von nivellierenden, gleichmacherischen Vorstellungen verabschieden, die früher von staatlicher Seite aus als machbar erschienen, und man musste zu (B) marktwirtschaftlichen Konzeptionen über gehen, die von Joseph A. SCHUMPETER, Ernst HEUSS, August LÖSCH und Georg RÜTER herkommen und in die heute so genannte, umfassende Evolutorische Ökonomik einmünden. Der Wechsel der Perspektiven, aber auch einige Neuerungen der Methoden, liegen meinem Diskussionsbeitrag gedanklich zu Grunde.

(18.) Eine nach SCHUMPETER und HEUSS konzipierte „markttheoretische Regionaltheorie“ (vgl. RÜTER 1987, S. 44-80) stellt den initiativen Unternehmer in den Mittelpunkt und überträgt die Erfahrungsregel der Produktzyklen und ihrer Marktphasen auf einzelne Regionen. Mit Blick auf Faktor-, Transport- und Absatzmärkte für

---

als einzige weitere westdeutsche Region war lediglich noch Berlin zu finden (in Klasse I bei Divergenz nach oben).

<sup>7</sup> Siehe zum einen die Überschrift des Kapitels 3 „Die marktwirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs: Entwicklungsstärke durch Disparität“ in WAGNER 1994; S. 39). Siehe zum anderen die Leitidee der Tagung „Regionen als Wachstumsmotor“.

<sup>8</sup> Möglich ist hier nur eine intuitive Hinführung mit der Modellierung von dynamischen Märkten (Cobweb-Theoreme, mit existierenden stabilen oder instabilen Gleichgewichten). Man stelle sich z. B. Kurvenverlagerungen durch Fortschrittsschübe und Moden vor. Denkbare Anpassungspfade überlagern sich im Modell. Beispiele und Charakteristika für Chaos-Mathematik werden an anderer Stelle gegeben (z. B. WAGNER 1998, S. 399, Näheres zur Chaos-Mathematik bei BRIGGS/PEAT 1990).

<sup>9</sup> Auch in Stuttgarter Ministerien war noch vor 30 Jahren die Ansicht vorherrschend, man könne und sollte wohl die näherungsweise Gleichheit der Regionen (Stadt- und Landkreise) herstellen. Unter dem vagen Begriff der „Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen“ landesweit kam es zu Klassifikationen der Regionen nach statistischen Maßen der Gleichheit.

Experimentierphase, Expansionsphase, Ausreifungsphase sowie Stagnations- und Rückbildungsphase sieht man die unternehmerische Aktivität darauf gerichtet, regionale Eigenschaft zu entdecken und zu verwerten, die im Laufe der Zeit einer ständigen Umbewertung unterliegen. Die ökonomische Bedeutung regionaler Gegebenheiten, natural- und sozialökonomisch gesehen, wechsle im Laufe der Wirtschaftsentwicklung. Es gebe keine dauerhaften Vor- oder Nachteile einer Region (vgl. RÜTER 1987, S. 375). Zwar stellten die einzelnen Regionen einer Volkswirtschaft nach den zeitweiligen objektiven Gegebenheiten unterschiedliche Entwicklungspotentiale dar, doch sei die regionale Entwicklung damit nicht determiniert (vgl. RÜTER 1987, S. 51). Das passt so nicht ganz zur Analogie Produktzyklus – Regionenzklus. Eine Akzentverschiebung bei der Sicht von Potentialen regionaler Entwicklung, oft als endogene Potentiale bezeichnet, ist zu bemerken. Die Potentiale dürfen nun nicht mehr in der Weise als endogen begriffen werden, daß man meint, eine Region habe dies und das oder sei mit diesem oder jenem Vorteil ausgestattet, worauf sich Entwicklung gründen könne. Das Potential einer Region leitet sich insofern wesentlich von den anderen Regionen, vom Verbund der Regionen ab, als die wechselnde Bewertung der „Standort“-Vorteile eine „relative Wertung“ ist. Der regional findige Unternehmer geht den Vorteilen auf der Suche nach „location economies“ nach. Die politisch für eine Region Agierenden suchen Elemente des endogenen Potentials positiv zu verändern (bekannt sind die örtlichen Voraussetzungen für naturalökonomische und sozialökonomische Innovationen, weniger bekannt sind die demographischen und sozialen Faktoren in der Region). Die nach gängigen Indikatoren unterdurchschnittlichen, zurückgebliebenen Regionen (u. a. große Teile Ostdeutschlands) sollte man als „Entwicklungsreserven für die Zukunft“ begreifen.

## 5. Evolutorische Ökonomik: Datenkranz und endogenes Potential einer Region

(19.) Um den Übergang von der herrschenden neoklassischen Wachstumstheorie zur Evolutorischen Ökonomik zu beschreiben, ziehe ich recht anschauliche Ausführungen von Paul KRUGMAN heran. Man müsse zwei unterschiedliche Denkrichtungen nebeneinander sehen:

- TTFE-Style Models (tastes, technology, factor-endowments exogen gegeben; u. a. Nachfragerneigungen und Technologie regional nicht zu unterscheiden) als regionale Entwicklungsmodelle der konventionellen angebotsorientierten Wachstumstheorie (siehe den Hintergrund von BARRO/SALA-I-MARTIN).
- QWERTY-Style Models (Wortwahl nach willkürlicher Anordnung der Schreibmaschinentastatur) als regionale Entwicklungsmodelle der evolutorischen Ökonomik (mit einer Vielzahl höchst unterschiedlicher Gegebenheiten der Regionen).

Welches sind Charakteristika der Evolutorischen Ökonomik bei Fragestellungen und Methoden?

- Verhaltensvielfalt und Lernprozesse bei allen Wirtschaftseinheiten jenseits von Rational- und Optimierungsverhalten,<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Man kommt auf eine Vielzahl von Verhaltensmustern, die nach psychischen Faktoren (Motiv- und Erwartungsbildung, Werteordnung, Erfahrung und Lernverhalten), nach sozialen Faktoren (gesellschaftliche Einflüsse, Bindungen an Bezugsgruppen und Familientradition, Reaktionen auf Werbung und Propaganda) sowie nach demographischen Faktoren (Alter, Geschlecht, Bildung, Beruf und Erwerbstätigkeit) divergieren. Annahmen über die „Innenleitung“ des Menschentyps: „... our economic subjects can be pure egoists, pure altruists, pure ascetics, pure sensualists or – what is more like – mixed bundles of all these impulses“ (ROBBINS 1932/1952, S. 16). “Why, in particular, must economic reasoning be based on the assumption of self-interested, rational behavior? Why can’t we build models based on more realistic psychological premises, or on a more historically based understanding of in-

- Denken in Populationen ungleicher Mikroeinheiten (insbes. Ablehnung der repräsentativen Mikrofundierung von Makroökonomik),
- Innovationen und Strukturwandel im Vordergrund (das wirklich Neue nicht prognostizierbar, Innovationen nicht nur auf Technologie beschränkt),
- Institutionen und deren Änderungen,
- Veränderlichkeit „gegebener“ Faktoren (z. B. Bevölkerung) aus dem Datenkranz der Analyse (Ausdruck W. EUCKEN) und dem endogenen Potential (Ausdruck H. GIERSCHE) für regionalökonomische Analysen wichtig.

## 6. Bevölkerungsbewegungen sind strukturabhängig und strukturbildend

(20.) Die Bevölkerungsentwicklung ist quantitativ und qualitativ von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung und die Wachstumskraft von Regionen (siehe Ausarbeitung für das Staatsministerium Baden-Württemberg von 1989 im Anhang). Ein in Deutschland völlig fehlendes „Bevölkerungsbewusstsein“ (siehe BIRG 2001, S. 200)<sup>11</sup> hat zu gesamtgesellschaftlichen Versäumnissen in der Politik geführt, deren Schäden zum einen in den sozialen Sicherungssystemen sichtbar werden und zum anderen mit erheblichen Belastungen bei den Regionen an der Basis auftreten. Man muß kurz ausholen, um das unter Fachleuten lange bekannte und in der Politik<sup>12</sup> totgeschwiegene Lebensproblem unserer Gesellschaft anzusprechen.

(21.) Der Pragmatiker KEYNES sprach bereits 1925 von der selbstverständlichen Pflicht des Staates, sich mit der Größe der Bevölkerung ebenso zu befassen wie etwa mit der Größe des Staatshaushaltes (vgl. KEYNES 1925, 1956, S. 251, und KEYNES 1930, 1956, S. 272). Als eine politische Reaktion auf den anhaltenden Geburten- und Bevölkerungsrückgang in Deutschland hätten sich verantwortungsvolle Politiker um Zielvorstellungen kümmern und darüber nachdenken müssen, ob die erstrebte konstante und stabil strukturierte Bevölkerungsgröße von den Geborenen- und Sterbezahlen her zu verwirklichen ist. Jedenfalls durfte es nicht dazu kommen, daß zwei Bundeskanzler ohne alle tieferen Überlegungen – trotz gegenteiliger empirischer Befunde – den grotesken Satz verbreiten durften: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“<sup>13</sup>.

(22.) Durch permanente – offizielle oder inoffizielle – Einwanderungen vermag man keine im generativen Verhalten einer Bevölkerung angelegte Schrumpfungstendenz zu überwinden. Dies wurde von Nathan KEYFITZ bereits 1971 in einer bevölkerungsmathematischen Studie dargelegt. Halten, d. h. Konstanthalten, kann sich nur eine durch Geburten- und Sterbezahlen stabile Population. Selbstverständlich muß die Bundesrepublik Deutschland zur näherungsweise Erhaltung der ökonomischen

---

stitutions? Or why can't we take into account the fact that tastes and motives are themselves socially determined, and build a field of 'socioeconomics'? (KRUGMAN 1995, S. 77).

<sup>11</sup> Als ich am 24. 1. 1974 in der Sendung „Pro und Contra: Sterben die Deutschen aus?“ von Emil OBERMANN diskutierte und dort gegen meinen Kontrahenten Robert JUNGK verlor, war es aus der Sicht einer sich progressiv gebenden Mehrheitsmeinung heraus chic, mit einem Geburten- und Bevölkerungsrückgang den überbevölkerten Entwicklungsländern „ein gutes Beispiel“ zu geben. Die Logik der Nationalökonomien für das ungefähre Konstanthalten irgend einer Bevölkerungszahl (evtl. per Bundestagsbeschluß) wollte man nicht zur Kenntnis nehmen.

<sup>12</sup> Die „Infantilisierung“ der Gesellschaft sei weit fortgeschritten. „Die Partei, die den Wählern zuerst die Wahrheit über die demographische Realität sagt, hat die nächste Wahl verloren“ (BIRG 2001, S. 203).

<sup>13</sup> Nicht unerwähnt soll das von Ministerpräsident FILBINGER Mitte der siebziger Jahre propagierte unsinnige „Rotationsprinzip“ sein (türkische Gastarbeiter, die einige Jahre in der Autoindustrie Hilfsarbeiter waren, sollten z. B. nach Anatolien zurückgehen und dort eine Autowerkstatt eröffnen). Es hat nicht funktioniert (aus menschlichen und auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen).

Leistungsfähigkeit die selektive Zuwanderung junger Menschen betreiben (und im Bewusstsein des Wählervolkes absichern, vgl. „Bevölkerungsbewusstsein“). Auf die Dauer funktioniert die Kompensation per Wanderung nicht. Nach Berechnungen der UN wären in Deutschland bis zum Jahr 2050 Netto-Einwanderungen von insgesamt 188 Millionen Menschen nötig (vgl. BIRG 2001, S. 177, und UN (Hrsg.) (2000): Replacement Migration, New York, S. 25). Überdies würden halbwegs demographisch kompensierende Zuwanderungen mehr Probleme schaffen als lösen, wie der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg schreibt.<sup>14</sup>

(23.) Es ist unerlässlich, den für potentielle Elternpaare zu hohen „Schattenpreis eines Kindes“ in Deutschland zu senken (WAGNER 2004a, S. 148-149) – vielleicht auch lokal und regional. Die Ursachen der Bevölkerungsschrumpfung sind für Ökonomen längst nicht mehr unerklärlich oder gar tabu. Die durchschnittliche Neigung der Menschen zum Kinderhaben ist abgesunken, weil andere Bedürfnisse in der Lebensplanung der Menschen ein stärkeres Gewicht erhielten als Kinder und weil zugleich der Schattenpreis eines Kindes – nicht zuletzt wegen staatlicher Entscheidungen im Steuer- und Bildungsbereich und neuerdings verstärkt durch erhöhten permanenten betriebsorganisatorischen Leistungsdruck auf die jungen Menschen und potentiellen Elternpaare – stark anstieg. Wie kommt man zu einer Nettoerproduktionsrate von Eins?

(24.) Während Kinder für das statistisch repräsentative potenzielle Elternpaar in einem umfassenden Sinne „unrentabel“ geworden sind, würden die Kinderlosen und der Staat insgesamt von positiven externen Effekten profitieren. In diesem Zusammenhang sollte man zwei ordnungspolitische und verteilungstheoretische Erkenntnisse von Wolfram ENGELS und Oswald VON NELL-BREUNING für die Gesellschaft berücksichtigen. Wolfram ENGELS hatte eine nahe liegende Vermutung zu Ursachen des Geburtenrückgangs ganz einfach ausgedrückt: „Die Erträge der Kinder sind sozialisiert worden; ihre Kosten müssen privat getragen werden: Nach aller ökonomischen Theorie führt das zum Produktionsrückgang“ (ENGELS 1979, S. 17). NELL-BREUNING argwöhnte als Sozialwissenschaftler, „nur die Familien, die Nachkommenschaft durch Kapital substituieren, haben die Chance, zu Vermögen zu gelangen; diejenigen Familien dagegen, die unser Volk und unsere Wirtschaft bei Bestand erhalten und deren Nachkommenschaft, d. h. die große Mehrheit der nachwachsenden Generation, bleiben auf das Leben aus der Hand in den Mund angewiesen“ (NELL-BREUNING 1966/67, S. 168). Der Wohlfahrtsstaat insgesamt wird durch die demographische Entwicklung so radikal in Frage gestellt wie durch keinen anderen Faktor (vgl. BIRG 2001, S. 201).

(25.) Fragen nach Ursachen und Wirkungen des regionalen Wachstums, das zum Wachstum des Gesamtgebiets beiträgt, sind eng mit Innovationen (auch nicht-technologischer Art) und dem Phänomen der Agglomeration („Cluster“ als Modebegriff) verknüpft. Hierzu ist festzuhalten, daß sowohl Agglomeration als auch Innovation demographische Determinanten aufweisen. Agglomerationen bestehen auf Grund von Wohnsitzentscheidungen der Menschen und von Standortentscheidungen der Unternehmen – vgl. (16.). Man weiß, daß Agglomerationen oder städtische Verdichtungsräume selbst in Zeiten des Bevölkerungsrückgangs bestehen bleiben und im Vergleich zu den ländlichen Räumen markanter hervortreten. Die demographischen Einflüsse auf Wachstum und Fortschritt (Innovationen) werden auf zweierlei Weise

---

<sup>14</sup> Siehe u. a. Birg, Herwig (2001): Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, Verlag C. H. Beck, München.

begründet. Die ältere Bevölkerungsökonomik (u. a. J. M. KEYNES, A. H. HANSEN, J. HICKS, K. ROTHSCHILD) vertritt die Ansicht, daß ein Bevölkerungswachstum das Wirtschaftswachstum unmittelbar und mittelbar nachfrageseitig stimuliert, so daß – umgekehrt – eine Bevölkerungsschrumpfung Wachstumsverluste und Stagnation verursacht. Mit gleichem Endergebnis für das Wirtschaftswachstum verläuft die Argumentation führender Vertreter einer neueren Bevölkerungsökonomik (u. a. E. BO-SERUP, F. A. von HAYEK, S. KUZNETS, J. SIMON, G. STEINMANN). Bevölkerungswachstum und geographische Bevölkerungskonzentration seien Triebfedern des Fortschritts. Sie modellieren den technologischen Fortschritt auf verschiedene Weise als bevölkerungsinduziert (siehe WAGNER 1998, S. 452-454). Übereinstimmend stufen sie das Bevölkerungswachstum (und die geographische Bevölkerungskonzentration) als Triebfedern des Fortschritts ein.<sup>15</sup> Sie wollten den Entwicklungsländern eine positive Sicht des Bevölkerungswachstums vermitteln, formulierten damit jedoch zugleich eine demographische Depressionstheorie für hoch entwickelte Volkswirtschaften mit Bevölkerungsschrumpfung. Bevölkerungsschrumpfung führe in jedem Falle zu einer Dämpfung des Wirtschaftswachstums.

## 7. Multikulturelle Gesellschaft und Sozialinnovationen am Ort

(26.) Neben der quantitativen Unmöglichkeit, eine Bevölkerung durch ständige Einwanderungen konstant zu halten, bestehen Vorbehalte von der qualitativ forschenden soziologischen Bevölkerungswissenschaft aus. In Kleinstädten – ich verweise auf (10.) - etwa sind Stadtverwaltung und Stadtrat für das Gelingen der Integration der Bürger und die Bewältigung der faktisch entstandenen multikulturellen Gesellschaft verantwortlich, so daß das „Wohnklima im öffentlichen Raum“ erhalten bleibt. Nach den Forschungen des Soziologen HOFFMANN-NOWOTNY in der Schweiz müssen wir in Deutschland auf unterer regionaler Ebene eine Vorschädigung des Standorts Deutschland im globalen Wettbewerb befürchten, den es zu bewältigen gilt. Die Zuwanderungen aus weniger entwickelten Gebieten führen tendenziell zu einer „Unterschichtung“ der inländischen Arbeits- und Wohnbevölkerung. Ein Mittelwert-Effekt bewirke eine graduelle Abwertung des per Wanderung ergänzten Staatsvolks und evtl. eine relative Primitivisierung der ökonomischen Struktur (siehe HOFFMANN-NOWOTNY 1975, S. 76). Darauf ist noch näher einzugehen, wenn die bevölkerungspolitischen Versäumnisse aus regionalpolitischer Perspektive zur Sprache kommen müssen (vgl. auch WAGNER 2004a).

(27.) Die Bevölkerungsentwicklung ist ein eminent wichtiges Element des endogenen Potentials jeder Region, um das man sich vor Ort kümmern muß. Netto-Zuwanderungen, Qualifizierung und Integration sind zu betreiben. Es gilt die These der Bevölkerungswissenschaftler, daß die Bevölkerungsentwicklung kurzfristig strukturabhängig ist (die Leute gehen zu den Arbeitsplätzen), langfristig jedoch strukturbildend ist (Wohn- und Ansiedlungsentscheidungen – vgl. (16.) – bestimmen die Entwicklung der Region). Eine Region muß attraktiv bleiben oder werden für hoch qualifizierte Arbeitskräfte und städtische, mittelständische Zuwanderer (aus anderen Regionen) (siehe auch MOLLE 1983, S. 23). Dabei gehe es auch um die Pflege der immateriellen Infrastruktur, des „Geschäftsklimas“ sowie den Erholungs- und Freizeitwert mit dem kulturellen Angebot in Wohnortnähe.

---

<sup>15</sup> Darüber schrieb meine Mitarbeiterin Heleni KOCH an der Universität Marburg eine Doktorarbeit, die in einer Schriftenreihe des Ifo-Instituts veröffentlicht wurde (siehe KOCH 1987) und auch empirische Befunde enthält.

(28.) Regionale sowie über- und multiregionale „öffentliche Hände“ müssen effizienter zugreifen und arbeiten. Dies folgt aus dem eigenen „unternehmerischen“ Zielsystem, aber auch aus regionalökonomischen Interessen. Bei regionalen Behörden und Verwaltungen lassen sich beiderlei Ziele zumeist verbinden, soweit die Hürden der X-Ineffizienz überwunden werden können. Bei über- oder multiregionalen Körperschaften und Anstalten divergieren die beiden Ziele oftmals (siehe WAGNER 1994, S. 34 – 37).

## 8. Der Cyberspace<sup>16</sup> und die Abschaffung der alten Geographie

(29.) Schriftsteller und Philosophen haben vor mehr als einem Jahrzehnt schon die für Ökonomen und Politiker bedenkenswerte Vermutung aufgeschrieben, daß es neue Räume der Regionalentwicklung geben könne. Die Wirklichkeit ist zwei- bis dreidimensional; sie weise Landflächen und Entfernungen auf, die Zeit und Geld kosten und den Regionalökonomien wie den Staatswirtschaftler bisher stark beschäftigen. Mit dem Stichwort Cyberspace hat sich u. a. der schwedisch-amerikanische Schriftsteller und Philosoph Lars Gustafsson zu Wort gemeldet. Es seien Umwälzungen im Gange, die er als ein Fachfremder so beurteilt: „Was gerade passiert, läßt sich auf unterschiedliche Weise ausdrücken. Eine davon ist, daß die Weltwirtschaft den Cyberspace erobert hat und dabei ist, die alte Geographie abzuschaffen. Noch zu Beginn der achtziger Jahre sah niemand, außer vielleicht [dem Soziologen] Daniel Bell, daß dies geschehen würde. Der Mangel des dritten Raums an geographischer Lokalisierung ist im Begriff, die Relevanz der Geographie, oder des Territoriums, für die Macht zu beenden. – Politiker verschiedener Ideologien und Schattierungen erleben all dies mit der gleichen Hilflosigkeit, beinahe Lähmung, mit der Kirchenfürsten des mittelalterlichen Typs das Entstehen der freien italienischen Handelsstädte und der Nationalstaaten erlebt haben müssen.“<sup>17</sup> Und weiter: „Die Souveränität ist auf dem Wege anderswohin. Sie ist weniger und weniger territorial, mehr und mehr unpersönlich.“ Der Cyberspace als der dritte Raum neben Traum und Wirklichkeit bisherigen Erlebens im Sinne von Descartes wartet auf systemverständige Ökonomen und Regionalpolitiker.

---

<sup>16</sup> Cyberspace (nach Bertelsmann-Lexikon): *Virtuelle Realität* (engl. *Virtual reality*), mittels Computer erzeugte, dreidimensionale künstliche Welt, in der einer mit entsprechenden Geräten ausgestatteten Person (*Cybernaute*) das Gefühl vermittelt wird, selbst Teil der vom Rechner simulierten Welt zu sein und darin agieren zu können. Durch ein fest mit dem Kopf verbundenes Sichtgerät (Datenhelm, Displaybrille, *eye-phon*) mit zwei Bildschirmen sieht der Benutzer z. B. das Bild einer computergenerierten Landschaft. Dem rechten bzw. linken Auge wird die jeweilige Szene unter einem etwas anderen Blickwinkel gezeigt, so daß ein Tiefeneindruck entsteht. Blickrichtung und Körperbewegungen werden von Sensoren aufgenommen, digitalisiert und vom Rechner in entsprechende Veränderungen der dargestellten Szene umgesetzt. Aktionen in der virtuellen Realität können u. a. über gesprochene Befehle per Spracherkennung oder mit einem Datenhandschuh (*data glove*) ausgelöst werden. Mit dem Datenhandschuh, der Hand- und Fingerbewegungen sowie die räumliche Position der Hand in elektrische Signale umsetzt, wird z. B. eine im Blickfeld sichtbare Hand so gesteuert, daß sie den Bewegungen der realen Hand folgt. Berührt diese Hand einen Gegenstand in der künstlichen Realität, wird über Elemente zur Berührungsrückmeldung (z. B. aufblasbare Luftpolster) im Datenhandschuh ein taktiler Reiz vermittelt. Eine Weiterentwicklung ist der Datenanzug (*data suit*), der sämtliche Körperbewegungen registriert und auch äußere Reize vermittelt. Anwendung findet die Technik der virtuellen Realität bereits bei militärischen und zivilen Flug- und Fahr simulatoren sowie in der Unterhaltungselektronik (Computerspiele). Weitere Einsatzgebiete sind u. a. Weltraumfahrt, Medizin und Architektur. Kritische Stimmen weisen auf die Gefahr hin, daß mit zunehmender Perfektionierung des Computers Menschen zur Flucht aus der Realität verführt werden könnten.

<sup>17</sup> Siehe NZZ (Neue Zürcher Zeitung)-Folio vom Februar 1996.

## 9. Schlußbemerkungen

Ich fasse mit Sachergebnissen und methodischen Anmerkungen zusammen:

1. Regionalentwicklungen verlaufen teils konvergierend und teils divergierend. Dies hat aus der Sicht der marktwirtschaftlichen Regionalökonomik und der Evolutorischen Ökonomik seine Richtigkeit. Regionale Ungleichheit ist eine Vorbedingung (nicht nur eine Begleiterscheinung) guter marktwirtschaftlicher Landesentwicklung.
2. Vorstellungen einer selbsttätigen Angleichung der Regionen (z. B. nach den Konvergenzthesen von BARRO/SALA-I-MARTIN 1995) oder einer politisch machbaren Nivellierung sind abzulehnen. Nivellierende Regionalpolitik ist nicht länger vertretbar und nicht machbar. Eine Orientierung für künftige Eingriffe in die regional unterschiedlichen Lebensverhältnisse kann allenfalls die Vermeidung von Armut sein.
3. Aus der Sicht der Evolutorischen Ökonomik tragen Unterschiede und Vielfalt der Regionen wesentlich zur Wachstumsstärke eines Gesamtgebietes (z. B. Bundesland) bei. Gleichmacherei der Regionen würde z. B. die Wachstumskraft von Baden-Württemberg schwächen. Die nach gängigen Indikatoren unterdurchschnittlichen, zurückgebliebenen Regionen (u. a. große Teile Ostdeutschlands) sollte man m. E. als „geographische Entwicklungsreserven für die Zukunft“ begreifen. Ein Ärgernis in einer marktwirtschaftlichen Demokratie ist eine für mittelständische Unternehmer inzwischen unübersehbare Vielfalt kleiner und großer öffentlicher Fördertöpfe.
4. Sinnvolle Ansatzpunkte für regionalpolitische Maßnahmen bieten die einzelnen Faktoren der endogenen Potentiale in den Regionen, die zum Teil positiv beeinflusst und attraktiv gestaltet werden können. Generell kommt es auf die Effizienz des öffentlichen Bereichs an (insgesamt und am jeweiligen Ort der „Dienstleistung“; Überwindung der X-Ineffizienz). Zweckmäßig sind selektive Infrastrukturinvestitionen zur Engpassüberwindung und auch Kulturförderung.
5. Die Konsequenzen der Bevölkerungsschrumpfung werden in sträflicher Weise unterschätzt. Die Bevölkerungsökonomik jedweder Arbeitsrichtung begründet die Vermutung, daß demographische Schrumpfung die Innovationskraft und die Wachstumskraft dämpft. Aktuell wichtigster Angelpunkt für Regionalentwicklungen ist eine regionale und sogar lokale Bevölkerungspolitik (mit dem Ziel einer Netto-Zuwanderung, Senkung des Schattenpreises von Kindern, Bewältigung der faktisch entstandenen multikulturellen Gesellschaft und Überwindung der Standortschädigung durch die Art der bisherigen Einwanderungen).
6. Die Informationsbasis für Analysen der Regionalverflechtung auf unterer Ebene sollte verbessert werden (damit strategische Regionen, Mitzieheffekte von Nachfrage- oder Angebotsimpulsen, Dispersionsstärken und Dispersionsempfindlichkeiten nach Konzeptionen der EU-Kommission ermittelt werden können). Für die Verflechtung der Großregionen in Europa und in der Welt gibt es bereits brauchbare empirisch gültige Modelle (so bei der EU-Kommission und bei der Deutschen Bundesbank).
7. Methodische Anmerkung I: Die neuere Entwicklung der Volkswirtschaftstheorie hin zu einer sogenannten Evolutorischen Ökonomik und die Ausführungen von Paul KRUGMAN regen dazu an, die regionalökonomischen Denkansätze in zwei Gruppen einzuteilen, die sich bei Herangehensweisen und Ergebnissen in charakteristischer Weise unterscheiden: a) TTFE-Style Models (tastes,

technology, factor-endowments exogen gegeben) als regionale Entwicklungsmodelle der konventionellen angebotsorientierten Wachstumstheorie (siehe den Hintergrund von BARRO/SALA-I-MARTIN): b) QWERTY-Style Models (Wortwahl nach willkürlicher Anordnung der Schreibmaschinentastatur) als regionale Entwicklungsmodelle der Evolutorischen Ökonomik. Welches sind – bei Fragestellungen und Methoden – die wichtigsten Charakteristika der Evolutorischen Ökonomik?

- Verhaltensvielfalt und Lernprozesse bei allen Wirtschaftseinheiten jenseits von Rational- und Optimierungsverhalten,<sup>18</sup>
- Denken in Populationen ungleicher Mikroeinheiten (insbes. Ablehnung der repräsentativen Mikrofundierung von Makroökonomik),
- Innovationen und Strukturwandel im Vordergrund (das wirklich Neue nicht prognostizierbar, Innovationen nicht nur auf Technologie beschränkt),
- Institutionen und deren Änderungen,
- Veränderlichkeit „gegebener“ Faktoren (z. B. Bevölkerung) aus dem Datenkranz der Analyse (Ausdruck W. EUCKEN) und dem endogenen Potential (Ausdruck H. GIERSCH) für regionalökonomische Analysen wichtig.

8. Methodische Anmerkung II: Der schwedisch-amerikanische Schriftsteller und Philosoph Lars Gustafsson hat – vielleicht angeregt von dem amerikanischen Soziologen Daniel Bell – vor mehr als zehn Jahren vorausgesagt, daß es neue Räume der Regionalentwicklung geben werde und die alte Geographie durch die absehbaren Umwälzungen gänzlich unwichtig werden könnte. Der Cyberspace als ein dritter Raum neben Traum und Wirklichkeit bisherigen Erlebens warte auf uns und auf systemverständige Ökonomen und Regionalpolitiker. Die Souveränität ist auf dem Weg anderswohin, sagt Gustafsson. Sie sei weniger und weniger territorial und regional auszuüben, mehr und mehr unpersönlich und unfußbar. Das Internet weltweit, das Computerwesen und die auf diesem Gebiet noch bevorstehenden Neuerungen morgen und übermorgen, die heute noch niemand vorausahnen kann, lassen vielleicht vieles von dem, was hier diskutiert wird, alsbald bedeutungslos werden.

### Literatur:

- Barro, R. J., X. Sala-i-Martin (1995): Economic Growth, New York – St. Louis u. a. O.
- Beckmann, M. J., R. H. Funck, H. Giersch (2001): Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck der 1940 erschienenen Erstausgabe von August Lösch, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, Vademecum zu einem Klassiker der Standorttheorie, Düsseldorf.
- Birg, H. (2001): Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, Verlag C. H. Beck, München.
- Briggs, J., F. D. Peat (1990): Die Entdeckung des Chaos. Eine Reise durch die Chaos-Theorie, Übersetzung aus dem Amerikanischen, München-Wien.

---

<sup>18</sup> Man kommt auf eine Vielzahl von Verhaltensmustern, die nach psychischen Faktoren (Motiv- und Erwartungsbildung, Werteordnung, Erfahrung und Lernverhalten), nach sozialen Faktoren (gesellschaftliche Einflüsse, Bindungen an Bezugsgruppen und Familientradition, Reaktionen auf Werbung und Propaganda) sowie nach demographischen Faktoren (Alter, Geschlecht, Bildung, Beruf und Erwerbstätigkeit) divergieren. Annahmen über die „Innenleitung“ des Menschentyps: „... our economic subjects can be pure egoists, pure altruists, pure ascetics, pure sensualists or – what is more like – mixed bundles of all these impulses“ (ROBBINS 1932/1952, S. 16). “Why, in particular, must economic reasoning be based on the assumption of self-interested, rational behavior? Why can't we build models based on more realistic psychological premises, or on a more historically based understanding of institutions? Or why can't we take into account the fact that tastes and motives are themselves socially determined, and build a field of 'socioeconomics'?” (KRUGMAN 1995, S. 77).

- Deutsche Bundesbank (1996): Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, Deutsche Bundesbank, Frankfurt.
- Engels, W. (1979): Eine konstruktive Kritik des Wohlfahrtsstaates. Vorträge und Aufsätze 69, Walter Eucken Institut, Tübingen.
- ERECO (European Economic Research and Advisory Consortium) (1997): European Regional Prospects. Analysis and Forecasts to the Year 2001 for European Cities and Regions, Volume 1: Main Report, Cambridge.
- Fehl, U. (2004): Theorie und Empirie aus evolutionsökonomischer Sicht, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 224, Heft 1 und 2, S. 1–16.
- Hasselmann, W., H. Spehl (1971): Die Wirtschaftsverflechtung in Hessen – eine Anwendung der Input-Output-Analyse, Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westf. Wilhelms-Universität Münster, Münster.
- Hoffmann-Nowotny, H.-J. (1975): Sozial-strukturelle Konsequenzen der Kompensation eines Geburtenrückgangs durch Einwanderung, in: F. X. Kaufmann (Hrsg.): Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität, Enke-Verlag, Stuttgart, S. 72-81.
- Keyfitz, N. (1971): Migration as a Means of Population Control, in: Population Studies, Bd. 25, S. 63-72.
- Keynes, J. M. (1925, 1956): Bin ich ein Liberaler?, in: J. M. Keynes: Politik und Wirtschaft. Männer und Probleme. Ausgewählte Abhandlungen, Tübingen u. a. O., S. 246-254, S. 251, und J. M. Keynes (1930, 1956): Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder, in: J. M. Keynes: Politik und Wirtschaft. Männer und Probleme, Tübingen u. a. O., S. 263-272, S. 272.
- Koch, H. (1987): Bevölkerung und Neuerungsaktivität. Auswirkungen demographischer Faktoren auf Invention und Innovation, Ifo-Studien zur Bevölkerungsökonomie, 5, München.
- Krugman, P. (1991): Geography and Trade, London u. a. O..
- Krugman, P. (1995): Development, Geography, and Economic Theory, Cambridge Mass. – London.
- Leibenstein, H. (1988): X-efficiency theory, in: J. Eatwell, M. Milgate, P. Newman (Hrsg.): The New Palgrave. A Dictionary of Economics, Vol. 4, London u. a. O., S. 934-935.
- Lösch, A. (1940): Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Eine Untersuchung über Standort, Wirtschaftsgebiete und internationalen Handel, Verlag Gustav Fischer, Jena.
- Molle, W. (1983): Industrial Location and Regional Development in the European Community: The FLEUR Model, Hampshire-Vermont.
- Nell-Breuning, O. v. (1966/67): Umverteilung – intertemporär oder interpersonal? In W. Weber (Hrsg.): Wissenschaft, Ethos, Politik im Dienste der gesellschaftlichen Ordnung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Joseph Höffner. Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 7 und 8. Münster, Regensburg, S. 161-173.
- Oppenländer, K. H., A. Wagner (Hrsg.) (1985): Ökonomische Verhaltensweisen und Wirtschaftspolitik bei schrumpfender Bevölkerung. Ifo-Studien zur Bevölkerungsökonomie 2. ifo, München.
- Ott, A. E., D. Schwarz, A. Wagner (1970): Die räumliche Disaggregation von Input-Output-Tabellen. Ein Gutachten für das Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg, IAW Tübingen, Schriftenreihe Bd. 14, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

- Ott, A. E., A. Wagner (1980): Randbemerkungen zu der Input-Output-Tabelle Baden-Württemberg 1972, in: J. Frohn u. R. Stäglin (Hrsg.): Empirische Wirtschaftsforschung. Konzeptionen, Verfahren und Ergebnisse. Festschrift für Rolf Krenzel aus Anlaß seines 60. Geburtstages, Berlin, S. 143-152.
- Petry, G. (1978): Eine Messung des Entwicklungsstandes von Regionen. Analyse und empirische Untersuchung der Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg, IAW-Forschungsberichte Serie A, Nr. 19, Tübingen.
- Premier, M. (1994): Integration, interregionaler Handel und wirtschaftliche Entwicklung von Regionen. Eine statische und dynamische Analyse von Integrationsprozessen aus regionalökonomischer Sicht, Tübinger Volkswirtschaftliche Schriften, Bd. 10, A. Francke Verlag, Tübingen und Basel.
- Robbins, L. (1932, 1952): An Essay on the Nature and Significance of Economic Science, 2. Aufl., London.
- Röger, W., J. In't Veld (1997): QUEST II – A Multi Country Business Cycle and Growth Model, EC DG ECFIN, Economic Papers, No. 123, Brüssel.
- Rüter, G. (1987): Regionalpolitik im Umbruch, Bayreuth.
- Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg., 1990): Baden-Württemberg im Europäischen Binnenmarkt 1992. Ausgewählte Analysen und Empfehlungen 1990, Bericht des Beraterkreises der Landesregierung zu EG-Fragen, Stuttgart.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (1976): Methodologie der Input-Output-Tabellen für die Gemeinschaft 1970-1975, Sonderreihe, 1-1976, Luxemburg.
- Steinmann, G. (1986): Bevölkerungsentwicklung und technischer Fortschritt, in: B. Felderer (Hrsg.): Beiträge zur Bevölkerungsökonomie, Berlin, S. 85 – 115.
- Wagner, A. (1984): Strukturbruch, Strukturwandel und Evolution in Volkswirtschaften. Zu den Methoden der Modellierung, in: B. Schiemenz und A. Wagner (Hrsg.): Angewandte Wirtschafts- und Sozialkybernetik. Neue Ansätze in Praxis und Wissenschaft, Berlin, S. 333-350.
- Wagner, A. (1990): Auf dem Weg zur Wirtschaftsunion. Probleme für den Umbau der DDR-Wirtschaft, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Kohlhammer Taschenbücher Bürger im Staat, Bd. 1092, (Wieder-) Vereinigungsprozeß in Deutschland, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart u. a. O., S. 74-87.
- Wagner, A. (1994): Regionalentwicklung in Baden-Württemberg. Einige aktuelle und methodische Probleme. Gutachten des IAW Tübingen für die IHK Region Stuttgart, Tübinger Volkswirtschaftliche Schriften, Bd. 8, A. Francke Verlag Tübingen und Basel.
- Wagner, A. (1997): Mikroökonomik. Volkswirtschaftliche Strukturen I, 4. Aufl., Uni-Taschenbücher 1517, Lucius & Lucius, Stuttgart.
- Wagner, A. (1998): Makroökonomik. Volkswirtschaftliche Strukturen II, 2. Aufl., Uni-Taschenbücher 1536, Lucius & Lucius, Stuttgart.
- Wagner, A. (2004a): Selbststeuerung der demographischen Entwicklung? – Zu den bevölkerungspolitischen Aufgaben der Bundesregierung, in: U. Heilemann u. K.-D. Henke (Hrsg.): Was ist zu tun? Wirtschaftspolitische Agenda für die Legislaturperiode 2002 bis 2006, RWI-Schriften Nr. 72, Essen, S. 143-154.
- Wagner, A. (2004b): Statistische Adäquation bei Fortentwicklung der makroökonomischen Wirtschaftstheorie, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 224, Heft 5, S. 612-625.

## **Anhang:**

Vermerk vom 12. 4. 1989 zur Diskussion im EG-Beraterkreis des Staatsministeriums Baden-Württemberg

# **ZUR BEDEUTUNG DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG**

**Von Adolf Wagner, 12. 4. 1989**

## **1. Regionalentwicklung durch Bevölkerungsentwicklung**

„Demographische Daten und bevölkerungspolitische Zielvorstellungen müssen u. E. künftig verstärkt als Randbedingungen der Regionalförderung beachtet werden“ (Enke u. a. 1974, S. 57), lautete eine Empfehlung aus dem Tübinger IAW. Inzwischen ist dies auch von der Regionalwirtschaftstheorie her unstrittig. „Die Industrie orientiert sich in hohem Maße am Arbeitskräfteangebot, an den Gewerbeflächen und der Infrastruktur. Ihre Verteilung korreliert deshalb hoch mit der Bevölkerungsverteilung“ (Kommission Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen 1983, S. 114). Für die Bevölkerungsentwicklung sind Wanderungen bedeutsamer als die natürliche Bevölkerungsbewegung durch Geburten und Sterbefälle, wenn die betrachtete Region offene Grenzen hat und vergleichsweise klein ist: „Das endogene Wachstumspotential einer Region hängt vom Humankapital ab, das durch Wanderungen auf- bzw. abgebaut wird“ (Birg 1986, S. 136). „Bevölkerungsbewegungen sind in kurzfristiger Betrachtung strukturabhängig, in langfristiger Betrachtung strukturbildend“ (Birg 1986, S. 119).

Mit Blick auf das Qualifikationsniveau des regionalen Erwerbspersonenpotentials heißt es in einer von der EG-Kommission geförderten ökonomischen Studie sehr zutreffend: „... with the new technology economic activities are becoming far less dependent on large basins of cheap labour, and more on the availability of high-skilled staff. People with high-grade skills tend to settle in high-amenity areas. That is why we expect a group of high-amenity regions to emerge and become the strong regions of the future. This group will probably be composed of some of the regions that used to be called central, intermediate and peripheral ...“ (Molle 1983, S. 23). Das Ergebnis einer weiteren regionalökonomischen Untersuchung, bei der die herkömmlichen Infrastrukturinvestitionen aufgrund ökonomischer Befunde ein wenig in den Hintergrund gerückt werden, lässt sich damit verbinden: „Wendet man sich den neuen Technologien zu, so verliert die materielle Infrastruktur an Bedeutung. Gleichzeitig gewinnt die immaterielle Infrastruktur, die den Informationsfluß und die Kommunikation betrifft, an Einfluß. Für junge innovierende Unternehmen ist der Erholungs- und Freizeitwert einer Region sowie deren ‚business climate‘ ... wichtiger als eine dichte Verkehrserschließung“ (Blum/Koblo 1987, S. 296).

Beide Studien stützen beiläufig eine bekannte These der Demographen für die Zeit des Bevölkerungsrückgangs: Auch bei stagnierender oder schrumpfender Bevölkerung werde die Konzentration in städtischen Verdichtungsräumen anhalten; dadurch würden z. B. drei EG-Ballungsräume noch im Jahre 2000 quantitativ Weltrang einnehmen (Paris, London, Rhein-Ruhr-Gebiet) (vgl. Vallin 1976, S. 582, 585). Nicht ohne weiteres damit vereinbar sind extrapolativ fundierte Aussagen einer früheren Kommission der Landesregierung: „Wenn sich in Zukunft die Zentrifugalbewegung des Wanderungsgeschehens in Baden-Württemberg fortsetzt, bei dem Verdich-

tungsräume (insbesondere die Agglomerationszentren) Bevölkerung an die Randzonen und teilweise auch an den ländlichen Raum verlieren, so ist auch künftig nicht mit einem ausgeprägten ‚Leerlaufen‘ des ländlichen Raumes zu rechnen“ (Kommission Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung 1983, S. 96).

Die noch gültigen amtlichen Vorausschätzungen der Bevölkerung für Baden-Württemberg und seine Regionen lassen Besonderheiten erkennen. Die auf der Basis von 1983/84 angesetzten Geburtenhäufigkeiten streuen von 1150 Lebendgeborenen je 1000 Frauen in der Region Unterer Neckar bis zu 1620 Lebendgeborenen in der Region Ostwürttemberg; sie liegen allesamt unter dem zur Bestandserhaltung erforderlichen Niveau von 2200 (Gröner 1985 b, S. 41). Für die baden-württembergische Außenwanderung werden in den amtlichen Prognosen bisher keine Hypothesen der erwähnten Art verwendet: „Die Wanderungsbewegung ist schwer prognostizierbar, insbesondere die stark von konjunkturellen und politischen Entwicklungen abhängige Ausländerwanderung. ... Für die Vorausschätzung wurde für das Land Baden-Württemberg ein Gesamtwanderungssaldo von Null Personen gewählt“ (Gröner 1985 b, S. 41). Dennoch macht sich ein rechnerischer Austausch zwischen Männern und Frauen in den Prognosen bemerkbar: „Wie aus dem Wanderungsansatz für das Land – kleiner Wanderungsverlust an Männern bei gleichgroßem Wanderungsgewinn an Frauen – zu erwarten, führt in der Mehrzahl der Regionen die Einrechnung der Wanderungsbewegung über die Vergrößerung der Zahl junger Frauen zu einer Erhöhung der Geburtenzahl“ (Gröner 1985 b, S. 43). Daß der Wanderungssaldo für Bundesländer und noch kleinere Regionen bei offenen Grenzen de facto wichtiger ist als die natürliche Bevölkerungsbewegung der Ortsansässigen, vermögen die amtlichen Prognosen nicht hinreichend zu berücksichtigen. Sie vermitteln jedoch eine Projektion des status quo in die Zukunft.

Wie auf der Basis von 1980 (mittlere Variante) wird auf der Basis von 1984 für das Jahr 2000 eine Landesbevölkerung von 9,17 Millionen Menschen prognostiziert (Gröner 1985 a, S. 5). Die Abnahme um 0,8 % resultiert aus divergierenden Entwicklungen der Regionen. Regionen mit voraussichtlichem Bevölkerungswachstum: Südlicher Oberrhein (+ 4,6 %), Neckar-Alb (+ 2,9 %), Bodensee-Oberschwaben (+ 2,6 %), Unterer Neckar (+ 1,7 %), Nordschwarzwald (+ 1,5 %), Franken (+ 1,1 %), Hochrhein-Bodensee (+ 0,7 %), Mittlerer Oberrhein (+ 0,2 %). Regionen mit rückläufiger Bevölkerung: Schwarzwald-Baar-Heuberg (- 8,3 %), Mittlerer Neckar (- 5,6 %), Ostwürttemberg (- 2,5 %), Donau-Iller (- 1,8 %) (Gröner 1985 a, S. 43).

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt sind erhebliche absolute Verschiebungen in den Altersklassen zu beachten. So wird z. B. die Altersgruppe der 16- bis 25-jährigen Menschen, der potentielle Nachwuchs, im Jahr 2000 um 573 Tausend Personen oder rund 40 % unter dem Niveau von 1984 liegen (Gröner 1985 a, S. 9). Das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt an, auch wenn man das Erwerbspersonenpotential isoliert betrachtet. „Wie kommen die Unternehmungen mit den durchschnittlich älteren Arbeitskräften im Bevölkerungsrückgang zurecht? Die Belegschaften erneuern sich langsamer durch nachwachsende Jugendliche und Lehrlinge. ... Geht von den durchschnittlich älteren Arbeitskräften mit älterem Ausbildungsstand eine gewisse Behinderung für Neuerungen im Betriebsablauf aus? ... Die Weiterbildung aller Arbeitskräfte ist ... zu forcieren; denn der verschärfte Strukturwandel stellt ja erhöhte Anforderungen an die Austauschbarkeit der Arbeitskräfte auf allen Arbeitsplätzen“ (Wagner 1988, S. 109).

Die Verwendung regionalökonomischer Wanderungshypothesen der oben erwähnten Art würde vermutlich zu nicht geringen Abwandlungen der Vorausschätzungen für Baden-Württemberg führen. Nicht nur die z. B. für die Region Mittlerer Neckar voraus geschätzte Abnahme erschiene fraglich. Für das Land Baden-Württemberg als Region der EG wäre ein positiver Saldo der Außenwanderung zu erwarten, da der Arbeitsmarkt künftige Zuwanderungsmöglichkeiten erkennen lässt und die übrigen Merkmale attraktiver Regionen zutreffen.

Die Regionalentwicklung Baden-Württembergs in der EG und die Wachstumschancen der Teilregionen innerhalb des Landes hängen wesentlich von einem wirtschaftlichen Fortschritt ab, der von einem hinreichend hoch qualifizierten Erwerbspersonenpotential getragen wird, das über staatliche Bildungseinrichtungen und eine urbane Lebensqualität für Baden-Württemberg zu sichern ist. Dabei geht es um Infrastrukturinvestitionen, vor allem im Hochschulbereich. Doch ist auch der unzureichenden Bildung „des kleinen Mannes“ als einem Innovationshemmnis vorzubeugen (vgl. Wagner 1989, S. 148).

Man könnte es sich leicht machen und auf eine künftig günstige Wanderungsbilanz Baden-Württembergs vertrauen, müsste dann jedoch zumindest eine insgesamt positive Haltung zu Einwanderungen einnehmen und in der Aufklärung der Öffentlichkeit vorbereiten. Sodann könnte man die Regionalentwicklung Baden-Württembergs pauschal als aussichtsreich bewerten. Dennoch bestehen erhebliche Erkenntnislücken: „... the dynamics of the regional mechanism are not as well understood as would be necessary for the adequate preparation of regional policy in Europe“ (Molle 1983, S. 31).

## **2. Einwanderungen als Bevölkerungspolitik**

Bereits in der Zeit des Gastarbeiterzustroms war 1973 auf einer bevölkerungswissenschaftlichen Tagung die Frage gestellt worden, wie sich die regionalen Entwicklungsziele „mit der offiziellen Laissez-faire-Haltung in Bevölkerungsfragen und der Weigerung, Einwanderungsland zu sein“, vereinbaren lassen (Wagner 1975, S. 153). Eine These von damals: „Bei Ausländern von außerhalb des EG-Bereichs wird man nicht länger umhin können, eine öffentlich verantwortbare Bevölkerungs- und Einwanderungspolitik zu konzipieren. Dabei muß entschieden werden, ob die weitere Stützung des regionalen Wachstums durch Einwanderungen erwünscht oder aber ein dem inländischen Bevölkerungszuwachs und den sonstigen Produktionsbedingungen ‚angemessenes‘ Wachstumsziel möglich ist“ (Wagner 1974, S. 130).

Man musste damals erst vorsichtig um Verständnis werben: „Bereits 1925 sprach J. M. Keynes von der selbstverständlichen Pflicht des Staates, sich mit der Größe der Bevölkerung ebenso zu befassen, wie etwa mit der Größe der Armee oder des Staatshaushalts“ (Wagner 1975, S. 153). Auf einer anderen Tagung brachte Helmstädter den „gesunden Menschenverstand“ in einem Diskussionsbeitrag zu Gehör und sagte für die Bundesrepublik: „Wir sollten nicht dieses politische Problem der Bevölkerungsentwicklung so herunterspielen. ...Wir müssen vielmehr auf Stetigkeit hinzielen, vielleicht auf eine stabile Bevölkerung von 50 oder 40 Mio.. Aber wir können nicht sagen: Wir schrumpfen gerne jährlich 1 v. H.. Das bedeutet alle 70 Jahre eine Halbierung der Bevölkerung ...“ (in Besters 1980, S. 113/114).

„Man kann zeigen, in welcher Weise eine Bevölkerungsschrumpfung ... bestimmte Wohlfahrtsziele gefährdet, und von da aus die Frage stellen, ob für den Staat nicht ein selbstverständliches Oberziel darin bestehen müsste, ‚irgendeine‘ konstante und durch Nachwuchs lebensfähige Bevölkerung anzustreben“ (Wagner 1988, S. 112/113). „Soweit die Gastarbeiter nicht freizügig aus EG-Ländern zuwandern, sollte man offen darüber diskutieren, ob eine deutsche ‚Babylücke‘ durch planmäßige Einwanderung aus Entwicklungsländern im europäischen Kulturkreis geschlossen werden muß“ (Wagner 1974, S. 146). „Eine Mehrheit kann einsehen, daß der Staat und seine Institutionen Menschen brauchen ..., ohne bereit zu sein, privat und individuell die nötigen Kinderzahlen zu realisieren“ (Wagner 1988, S. 113). Einige Abhandlungen zu den damit verbundenen bevölkerungsökonomischen Problemen enthält der Abschlußbericht über ein von der DFG gefördertes Forschungsprojekt (siehe Oppenländer/Wagner 1985).

Eine Stabilisierung der Bevölkerungszahl, insbesondere des Erwerbspotentials, durch Einwanderungen kann sehr wohl im Interesse der Regionalentwicklung Baden-Württembergs in der EG liegen (und zugleich zu einer Versachlichung in der Asylanten- und Aussiedlerthematik dienen). Die Feststellungen einer früher im Auftrag der Landesregierung arbeitenden Kommission sind zu wiederholen: „Die Grundprinzipien einer Einwanderungspolitik müssen heute erarbeitet werden ...“; denn es „wird der Bedarf nach einer grundlegenden Konzeption für die Regelung ausländischer Zuwanderung zunehmend dringender. Die bisherige Praxis ist vor allem durch Flexibilität gekennzeichnet, eine Flexibilität freilich, die in großem Maß von Rechtsunsicherheit getragen wird und in vielen Fällen das Sozialstaatsprinzip außer acht läßt“ (Kommission Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen 1983, S. 74). Zwar sind makrodemographische Zielsetzungen primär für die Bundesrepublik und für die EG insgesamt zu formulieren, doch sollte man auch im Landesinteresse die Einzelfallregelungen in Wanderungskontingente einbetten und dadurch vereinfachen. Eine Bemessung der Einwanderungskontingente nach der beruflichen Qualifikation sollte nicht von vorneherein ausgeschlossen werden. Man hat vor Parlamentsbeschlüssen über Einwanderungskontingente jedoch einiges an bevölkerungsökonomischer Aufklärung der Staatsbürger nachzuholen.

Mit Blick auf die Nachwuchsentwicklung ist aus volkswirtschaftlicher Sicht anzumerken, daß eine kürzere Bindung von weniger jungen Männern mit beruflichem Leistungswillen in der Bundeswehr und im Zivildienst zu wünschen wäre. Man muß künftig wieder wirtschaftlicher mit dem knapperen Arbeitskräftepotential verfahren.

### **Zitierte Literatur:**

H. Besters (Hrsg.) (1980):

Bevölkerungsentwicklung und Generationenvertrag, Baden-Baden.

H. Birg (1986):

Interregionale demo-ökonomische Modelle für die Bundesrepublik Deutschland: Eine Zwischenbilanz, in: B. Felderer (Hrsg.): Beiträge zur Bevölkerungsökonomie, Berlin, S. 117 – 141.

U. Blum u. R. Koblo (1987):

Regionale Determinanten des Innovationsprozesses, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 38, S. 276 – 297.

- H. Enke, H. Majer, A. E. Ott, L. Rall, A. Wagner, R. Wiegert (1974):  
Zur Ermittlung von Fördergebieten. Gutachten erstattet im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Baden-Württemberg, Tübingen.
- G. Gröner (1985 a):  
Bevölkerungsvorausschätzungen auf der Basis 1. 1. 1984 für das Land Baden-Württemberg und seine Regionen. Teil I: Land Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1/1985, S. 4 – 10.
- G. Gröner (1985 b):  
Bevölkerungsvorausschätzungen auf der Basis 1. 1. 1984 für das Land Baden-Württemberg und seine Regionen. Teil II: Die Regionen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1985, S. 40 – 44.
- Kommission Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen (1983):  
Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen. Bericht der Kommission im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg, Stuttgart.
- W. Molle (1983):  
Industrial Location and Regional Development in the European Community: The FLEUR Model, Hampshire – Vermont.
- K. H. Oppenländer u. A. Wagner (Hrsg.) (1985):  
Ökonomische Verhaltensweisen und Wirtschaftspolitik bei schrumpfender Bevölkerung, München.
- J. Vallin (1976):  
Les perspectives de population mondiale des Nations Unies, in: Population, 31. Jg., S. 562 – 592.
- A. Wagner (1974):  
Ausländerbeschäftigung: Ein Problem der europäischen Regionalpolitik und der regionalen Wachstumspolitik, in: A. E. Ott (Hrsg.): Wirtschaftliche Probleme des Landes Baden-Württemberg, Tübingen, S. 129 – 153.
- A. Wagner (1975):  
Wirtschaftswachstum ohne Gastarbeiter? Überlegungen zu einer konfliktfreien Verbindung bevölkerungs- und wirtschaftspolitischer Ziele, in: F.-X. Kaufmann (Hrsg.): Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität, Stuttgart, S. 148 – 161.
- A. Wagner (1988):  
Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Überlegungen und politische Schlussfolgerungen, in: Kohlhammer-Taschenbücher Bürger im Staat (Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik), Bd. 1081, Stuttgart u. a. O., S. 103 – 115.
- A. Wagner (1989):  
Allwissenheit für die Erneuerung des Lebens? Innovation und Hochschule, in: Kohlhammer-Taschenbücher Bürger im Staat (Innovation), Bd. 1085, Stuttgart u. a. O., S. 140 – 154.